

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Solidarität mit Jan Böhmermann – Bekenntnis zu Kunst-, Rede- und Meinungsfreiheit

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag Brandenburg erklärt sich solidarisch mit dem Satiriker und Fernsehtertainer Jan Böhmermann und missbilligt die Entscheidung der Bundesregierung, die Strafverfolgungsermächtigung im Hinblick auf das Strafverlangen der türkischen Regierung erteilt zu haben. Der Landtag Brandenburg begrüßt das abweichende Votum des Außenministers und des Justizministers und stellt sich neben sie im Bekenntnis zur Auffassung, wonach Kunst-, Rede-, und Meinungsfreiheit als konstitutive Elemente unserer Verfassungsordnung Vorrang haben.

Begründung:

Kunstfreiheit, Redefreiheit und Meinungsfreiheit sind verfassungsrechtlich geschützte Güter. Artikel 5 genießt eine besondere Stellung im Grundgesetz und spiegelt sich inhaltlich in Artikel 19 und 34 der Verfassung des Landes Brandenburg wider.

Als Teil der Bundesrepublik Deutschland muss daher auch den Brandenburgischen Verfassungsorganen entschieden daran gelegen sein, diese Freiheiten zu verteidigen. Von ihnen sind auch zugespitzte, satirische und mitunter subjektiv als unangenehm empfundene Beiträge geschützt.

In einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat ist es schlechterdings unerträglich, Personen, die von diesen Freiheiten Gebrauch machen, zu bedrängen, zu schikanieren und – wie derzeit im Fall Böhmermann versucht wird – zu kriminalisieren.

Es mutet befremdlich an, dass eine Regierung, die gegen die wiederholt auftretende Diskriminierung von Minderheiten und die Verletzung ihrer Rechte im eigenen Land (insbesondere. gegenüber Kurden und Christen) in keiner Weise angemessen vorgeht, nun versucht, Personen, die sich damit in satirischer Form auseinandersetzen, mundtot zu machen.

Während die übelste Beleidigung von Religionen einschließlich deren weltlicher oder geistlicher Anführer tagtäglich geduldet und in einer pluralistischen Gesellschaft als hinzunehmend eingestuft wird, soll just ein Fernsehsatiriker auf das Verlangen eines Präsidenten, der zumindest ein gespaltenes Verhältnis zu Menschenrechten hat, ver-

folgt werden. Dies ist mit dem bundesrepublikanischen und brandenburgischen Wertekanon nicht vereinbar.

Deswegen schlägt die einreichende Gruppe vor, sich mit dem betroffenen Jan Böhmermann solidarisch zu zeigen und ein landesweit wirkendes Bekenntnis zu verfassungsrechtlich geschützten Gütern abzulegen.

Eine Aufforderung an die Landesregierung, der Bundesregierung vorzuschlagen, Jan Böhmermann zum *Sonderbotschafter für Satire und gegen despotische Dünnhäutigkeit* zu ernennen, ist angesichts dessen, dass die Bundesrepublik das Übereinkommen über Spezialmissionen vom 08.12.1969 nicht ratifiziert hat, leider nicht möglich.

Péter Vida
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe